

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 3

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Glück und Pech in der Politik

Im Schlusskapitel seiner «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» hat Jacob Burckhardt über Glück und Unglück in der Weltgeschichte nachgedacht und dabei die beiden Begriffe im Zusammenhang mit Völkerschicksalen zu Recht völlig relativiert — nicht zuletzt deshalb, weil «die Wünsche der Völker und Einzelner wechseln und sich widersprechen und aufheben». Es fehlt also an verbindlichen Kriterien der Beurteilung. Darüber hinaus vermöchte auch aus grosser zeitlicher Distanz niemand zu sagen, ob zum Beispiel die Geschichte des Römischen Reiches ohne Cäsars Unglück glücklicher verlaufen wäre — was immer hier «Glück» bedeuten mag.

Etwas anders liegen die Dinge, wenn Glück und Unglück auf persönliche Schicksale bezogen werden. In jeder grossen politischen Karriere gibt es Schnittstellen, bei denen glückliche Zufälle, momentane Pechsträhnen oder unerwartete Klimawechsel den Ausschlag geben. Das trifft für die Akteure der heutigen Weltpolitik ebenso zu wie für historische Grössen. Es ist sozusagen ein Grundmuster der Politik, das auch im Alltag unserer kleinräumigen schweizerischen Politik zum Tragen kommt. Dies sei im folgenden an einigen Beispielen der jüngsten Zeit illustriert, die gewiss nicht von allgemeiner, sozusagen schicksalhafter Bedeutung sind, die aber doch Facetten des politischen Stils und der politischen Trends offenlegen.

Warum ist zum Beispiel eine eidgenössische Parlamentarierin und Präsidentin der schweizerischen CVP, die bisher dank stetig wachsendem, wohlverdientem Ansehen zügig Stufe um Stufe emporgestiegen war, in ihren Stammlanden plötzlich gescheitert, als sie sich Ende Januar um die Nomination für die St.Galler Regierung bewarb? Warum misslang dem Aargauer Kantonalpräsidenten der gleichen Partei jüngst seine Bewerbung um einen Regierungssitz, obwohl er als tatkräftiger Nationalrat auch überregional einen untadeligen Ruf geniesst?

Beide sind von ihrem Typus her sicherlich keine «Populisten». Aber beiden wäre — bei allen Unterschieden der Persönlichkeiten und der kantonalen Konstellationen — der Einstieg in die Exekutive wohl noch vor wenigen Jahren problemlos gelungen. Inzwischen ist indessen ohne Zweifel die Tendenz der Wählerschaft weiter gewachsen, in Majorzwahlen mit entsprechendem Angebot eher gegen als für die Exponenten von «Partei-Establishments» zu stimmen. Das hängt einerseits mit der nach wie vor zunehmenden Erosion der Parteistrukturen zusammen, die den Identifikationsgrad auch der eigenen Mitglieder gegenüber ihren Führungsequipen immer schwächer werden lässt. Wenn es sich gleichzeitig um eidgenössische Parlamentarier handelt, so fällt zudem ins Gewicht, dass diese angesichts ihrer starken zeitlichen Belastung durch die

Tätigkeit in Bern immer mehr Mühe bekunden, im Kanton trotzdem noch so stark präsent zu sein, dass nach wie vor von einigermaßen ständiger, unmittelbarer Tuchfühlung mit den Wählern die Rede sein kann — ein Umstand, der gerade bei Wahlen in kantonale Exekutiven besonders ins Gewicht fallen dürfte.

Nehmen wir andererseits die Bundesratswahlen. Bei all seinen persönlichen Qualitäten profitierte Adolf Ogi ohne Zweifel direkt vom Pech potentieller Kandidaten aus dem eigenen Kanton. Die Berner Staatskrise im Gefolge der Finanzaffäre neutralisierte einen bestimmten SVP-Regierungsrat, der unter normalen Umständen «l'homme à battre» gewesen wäre und nun, im Zeichen des Malaise rund um die Regierung, das Handtuch werfen musste, obwohl er von der Affäre nicht einmal direkt betroffen war.

Dass auch der Popularitätsgrad einzelner Magistraten von Zufällen abhängen kann, zeigt das Beispiel Bundesrat Kollers. Seine gradlinige «Bilderbuch»-Karriere liess, insbesondere auch nach einem ausserordentlich erfolgreichen Jahr auf dem Präsidentenstuhl des Nationalrates, eine entsprechende Fortsetzung in der Landesregierung erwarten. Doch eine «Öffent-

lichkeitsbilanz» nach dem ersten Amtsjahr zeigt ein etwas anderes Bild. Zwar lieferte seine Departementsführung keinerlei negative Schlagzeilen, und im Rahmen des Kollegiums zeichnete er sich durch weit überdurchschnittlichen Horizont aus. Sein «Pech» bestand darin, dass er im Parlament auf entsprechende Vorstösse hin zum «Fall Brodmann» Stellung zu nehmen hatte. Den umstrittenen deutschen TV-Film über die Schweizer Armee qualifizierte er dabei unmissverständlich als das, was er war, und sprach damit zweifellos dem Grossteil des Volkes aus dem Herzen — nicht aber einem Teil der Medien. Von einer Stunde auf die andere hatte er das Etikett des humorlosen, kleinkarierten Moralisten am Hals, auf dem er seither mit einiger Konsequenz von einem «Verbund» von Medienschaffenden behaftet wird. Mangelnde Routine im Umgang mit «modernen» Journalisten machte das Ganze für ihn nicht leichter. Bei Arnold Koller braucht man sich zwar kaum Sorgen zu machen, dass er mit solchen Dingen nicht fertig werde. Das Beispiel zeigt aber doch, dass Glück und Pech auch im Alltag der schweizerischen Politik sehr nahe beieinander liegen können.

Richard Reich

Der Sozialismus in der Krise

Die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz befindet sich offensichtlich in einem konjunkturellen Wellental — oder handelt es sich um eine *strukturelle Krise*? Nicht wenige Indizien deu-

ten auf die zweite Variante, vor allem die Beobachtung, dass die Sozialdemokratien auch in anderen Ländern mit Gegenwind zu kämpfen haben. Das Schicksal der schweizerischen SP ist

keine singuläre Erscheinung. Ein wichtiges Element der Analyse ist mit einiger Sicherheit in der wenig attraktiven, teilweise hoffnungslos antiquierten, über weite Strecken zudem «theoriefreien» *wirtschaftspolitischen Haltung* der sozialistischen Parteien zu erkennen. Sie wird seit Jahren in wesentlichen Teilen durch die faktische Entwicklung pausenlos desavouiert. Beispiele?

Die wirtschaftspolitische Grundhaltung der Sozialisten ist noch immer von einer auffallenden *Staatsgläubigkeit* befallen, die lange Zeit, heute etwas weniger als auch schon, nicht zuletzt im *Sozialisierungsgedanken* ihren Niederschlag gefunden hat. Auf diesem Gebiet hat in zahlreichen Ländern ein breiter Rückzug eingesetzt. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde diese «Philosophie» als geeignete Therapie gegen Arbeitslosigkeit angeboten. Der Fall Österreich lehrt, stellvertretend für andere, dass von dieser ehemals mit Pathos verkündeten These nur noch Unternehmungen übriggeblieben sind, die teils tief in roten Zahlen stecken, kaum noch marktgängige Leistungen erbringen können, als Subventionsfresser ersten Ranges in Erscheinung treten und deshalb das Staatsbudget bis an die Grenze strapazieren. Teilstilllegungen und Reprivatisierungen, Wege also, die in andern Ländern schon lange beschritten werden, sind nun auch in Österreich unter dem Druck des ökonomischen Zwangs in die wirtschaftspolitische Diskussion eingedrungen — spät und zu einem entsprechend hohen Preis. Das Hohelied von der sozialen Überlegenheit der öffentlichen Unternehmungen ist ebenso ausgesungen wie das *gemeinwirtschaftliche Konzept* obsolet geworden ist. In der Bundesrepublik wehren sich

Gewerkschaftsführer gegen Reprivatisierungen und suchen im gleichen Moment Käufer für ihre eigenen Betriebe.

Sozialistisch orientierte Wirtschaftspolitiker haben sodann weiterhin einen überdimensionierten Hang zur Intensivierung *staatlicher Regulierungen*. Stellvertretend für andere Gebiete sei in diesem Zusammenhang auf die Arbeitsmarktpolitik bzw. auf das *Arbeitsrecht* hingewiesen. Arbeitsmarkt- und sozialrechtliche Normen haben indessen eine Dichte erreicht, die sich — darüber existiert eine ausreichende empirische Evidenz — produktions- und wachstumshemmend auswirken, also über negative Beschäftigungswirkungen sozial äusserst fragwürdig zu beurteilen sind. Die undifferenzierte Staats- und Interventionengläubigkeit, die nicht selten mit «Marktversagen» begründet wird, hat keinen sehr hohen wirtschaftspolitischen — damit auch parteipolitischen — Sex-appeal mehr.

In der *Umweltschutzpolitik* glauben die Sozialisten einen neuen Verbündeten für die Begründung der These vom «Marktversagen» gefunden zu haben. Gemeint sind negative externe Effekte. Indessen sind heute genügend marktkonforme Mittel bekannt, mit denen dieses Problem in den Griff genommen werden kann. Und dort, wo marktwirtschaftliche Instrumente nicht einsetzbar sind — etwa bei der Luftreinhaltung bzw. bei allen Gütern, bei denen individuelles Eigentum kaum vorstellbar ist — handelt es sich um ein Problem, das nicht ordnungsspezifisch ist; es tritt vielmehr in *allen* Wirtschaftsordnungen auf, hat also nichts mit Marktversagen zu tun. Umweltschutzprobleme lassen sich aber — weil sie erhebliche Kosten verursachen — in Wirtschaftsordnungen, die effizient

arbeiten, grundsätzlich besser lösen als in solchen, die lendenlahm vor sich hindämmern. Es dient mithin auch dem Umweltschutz, wenn in einer Wirtschaft eine *leistungsbezogene Politik* betrieben wird — und die stammt eben in der Regel nicht von sozialistischen Eltern.

Wenn von zwiespältigen sozialistischen Grundpositionen die Rede ist, dann dürfen zwei weitere Stichworte nicht fehlen, nämlich jenes der *Sozialpolitik*, die primär auf dem Prinzip der globalen Zwangsversicherung auch bei Risiken beruht, bei denen private Versicherungsangebote durchaus denkbar wären, sowie, damit zusammenhängend, ein nach wie vor ungebrochener Wille zur Einführung von immer neuen *Umverteilungsmechanismen*. Politische Zugriffsbarkeit in der Verteilung von Mitteln, die andere mit produktiven Lei-

stungen auf Märkten erst schaffen mussten, hat deshalb mehr und mehr Skepsis hervorgerufen, weil das, was in einer einfachen Sicht als Wohlfahrts-gesellschaft angeboten wird, längst die Löhne der Arbeitnehmerhaushalte erfasst hat. Es ist mit Händen zu greifen, dass eine Politik, die «Gutes» auf Kosten anderer zu verwirklichen sucht, unter den heute vorherrschenden Lebensbedingungen und Wertvorstellungen keine politische Aufbruchstimmung mehr zu erzeugen vermag. Die grossen sozialen Bewegungen des letzten und dieses Jahrhunderts haben ihre Ziele von einst weitgehend erreicht. Ist den sozialistischen Zeitgenossen die Kraft abhanden gekommen, sich mit kühnen Ideen an neue Bedingungen anzupassen? Diese Vermutung ist jedenfalls nicht ganz abwegig.

Willy Linder

Österreich — ungeliebt

Wie war das am 13. März 1938? Österreich hat sich nicht dem deutschen Reich angeschlossen, es *wurde* angeschlossen. Nicht einmal Seyss-Inquart, damals von Hitler als Nachfolger des Bundeskanzlers Schuschnigg ultimativ gewünscht, später in Nürnberg hingerichtet, hat einen deutschen Einmarsch gewollt. Schuschnigg war dem Führer sehr weit entgegengekommen, bis zur Betrauung Seyss-Inquarts mit dem Innenministerium und der Amnestie auch wegen Mordes verurteilter Nationalsozialisten. Erst nachdem Schuschnigg, zurück aus Berchtes-

gaden, eine Volksabstimmung «für ein freies und deutsches, ein christliches und einiges Österreich» auf den 13. März anberaumte, beschloss Hitler den Einmarsch. Er befürchtete, zweifellos mit Recht, dass die grosse Mehrheit Ja stimmen würde. Die jubelnden Massen, die dann Hitler empfangen, müssen nicht mit einer abstimmenden Mehrheit verwechselt werden.

Ein Ständestaat, der sich weit von der Demokratie entfernt hatte — «Die Errichtung des Ständestaates musste unweigerlich zu Hitler führen», schreibt Bruno Kreisky in seinen Erin-

nerungen «Zwischen den Zeiten» (Berlin 1986), — suchte in letzter Minute die Rettung durch ein demokratisches Mittel.

1934 hatte Mussolini durch eine allerdings mehr symbolische Truppenzusammenziehung am Brenner Einsatz für die Unabhängigkeit Österreichs bekundet, und Italien hatte, gemeinsam mit Frankreich und Grossbritannien, das Interesse an dieser Unabhängigkeit ausgedrückt. Als drei Jahre später die Bedrohung akut war, machten die beiden europäischen Grossmächte — das waren Frankreich und Grossbritannien noch — deutlich, dass sie sich nicht rühren würden. Sie hatten den demokratischen Zusammenschluss zwischen den Republiken Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg verboten — zwischen dem Prinzip der Selbstbestimmung, zu dem auch der Verzicht auf ein besonderes «Selbst» gehört, und dem Machtzuwachs des eben besiegten Feindes fiel die Entscheidung nicht schwer. Doch eine Verpflichtung zum Schutz dieses Österreich sahen sie nicht und entbanden sich sechs Monate später auch der verbrieften Pflicht, die Tschechoslowakei zu schützen.

Auch wenn die Österreicher, die prozentual mehr Nationalsozialisten und auch mehr Leiter der schrecklichsten KZ stellten als Deutschland, mehr Kameraden als Unterjochte Deutschlands wurden, so steckte in der Nachkriegsfiktion, dass Österreich nicht ein Teil des besiegten Grossdeutschland, sondern ein befreites Land sei, auch ein Stück Wahrheit.

Es wäre sinnlos, wenn auf die rosa Legende eines durch und durch humanen, liebenswerten Volkes, so ganz anders als die greulichen Preussen — vor ihr warnen alle österreichischen

Schriftsteller von Rang seit jeher! — eine schwarze Legende folgte und Österreich sich innerhalb der Demokratien diskriminiert fühlen müsste.

Es ist gut, wenn die Österreicher spätes Vergangenheitsbewusstsein gewinnen und sich zum Beispiel fragen, warum fast keiner der bedeutenden österreichischen Wissenschaftler und Denker, die emigrieren mussten, von Universitäten angesprochen und zurückgeholt wurde. Doch Ausländer dürfen nicht verkennen, dass im Zusammenwirken von Parteien, die einst in Bürgerkriegsstimmung gegeneinander lebten, Österreich sich als Demokratie erfolgreich entwickelt hat; es ist der einzige freiheitliche Staat Ostmitteleuropas. Zwischen Anhimelung und Verteufelung gibt es Raum für nüchterne Einschätzung.

Mit der Wahl Kurt Waldheims ist alles aufgebrochen. Dass die neue Sicht der Vergangenheit des «Mannes, dem die Welt traut» (Wahlplakat), etwas mit der Wahlkampagne zu tun hatte, bleibt trotz aller Dementis wahrscheinlich. Waldheim wurde besonders in den USA als Beweis für die Zahl alter und neuer österreichischer Sympathisanten des Nationalsozialismus gewertet, während sie in Wirklichkeit und besonders bei den Jungwählern eine Abwendung von den Sozialisten ausdrückte — ebenso wie vor drei Jahren die französische Parlamentswahl.

Die Unfähigkeit des Präsidenten, sich überzeugend und mit menschlicher Note auszudrücken — als verfügte er nur über das bürokratische Vokabular der UNO-Papiere —, sein Auftrumpfen in bestimmten Versammlungen, wo es gut ankam, dass er ein guter Waffenkamerad war, und dann die entgegengesetzten Reden, die den Untergang des unabhängigen Österreichs

beklagten und die Greuel der Nazis anprangerten, machten ihn ebenso unglaublich wie seine notorischen Gedächtnislücken (vgl. Hanspeter Born «Für die Richtigkeit Kurt Waldheim», Verlag Schneekluth, München). Es hindert nicht, dass Waldheim nicht als Mitwisser, sondern als *Täter* beschuldigt wurde, und zwar seitens des «Jewish World Congress» (keine der bedeutendsten jüdischen Organisationen) mit der Angabe, die eindeutigen

Beweise würden folgen. Die aber wurden nie beigebracht, wie auch «Der Aufbau» (New Yorker Wochenzeitung, die von Emigranten gegründet wurde) festgehalten hat.

Ob es für Österreich besser ist, wenn der Präsident zurücktritt, der auch führenden Politikern der Partei, deren Kandidat er war, nicht mehr sonderlich behagt, oder seine Amtszeit durchsteht, sollte unabhängig von ausländischem Druck entschieden werden.

François Bondy

Trisa

Einzigartig

die Handlichkeit des Bürstengriffes, der kurze Bürstenkopf für die perfekte Reinigung der Backenzähne und die diamantgerundeten Spezial-Tynex-Borsten, die in die Zahnzwischenräume dringen und die Plaque rundherum entfernen, ohne dabei das Zahnfleisch zu verletzen.



Einzigartig

Die DATA-Kontrollanzeige zum selber Einstellen erinnert Sie pünktlich an die Empfehlung Ihres Zahnarztes, alle Zahnbürsten nach drei Monaten auszuwechseln, wegen der unvermeidlichen Bakterienbildung auf den Borsten.

Trisa DATA

Universitäts-Institute und Zahnärzte empfehlen die Trisa DATA. Fragen Sie Ihren Zahnarzt!